

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/1507, 16/1649 –**

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte
an der EU-geführten Operation EUFOR RD CONGO zur zeitlich befristeten
Unterstützung der Friedensmission MONUC der Vereinten Nationen
während des Wahlprozesses in der Demokratischen Republik Kongo
auf Grundlage der Resolution 1671 (2006)
des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2006**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Der afrikanische Kontinent wird sich nur stabilisieren lassen, wenn es gelingt, den Kongo zu stabilisieren!“ Dieses Zitat des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki beschreibt prägnant die Interessenlage der internationalen Gemeinschaft.

Vier Millionen Menschen sind seit 1998 allein in der Demokratische Republik Kongo in der Folge von Kriegen und Bürgerkriegen umgekommen. Noch heute sterben täglich 1 000 Kongolesen durch die Kriegsfolgen – Gewalt, Flucht, Hunger und vermeidbare Krankheiten. 20 Prozent der Kinder erreichen nicht das fünfte Lebensjahr, 50 Prozent besuchen keine Schule, 10 Prozent sind Aids-Waisen.

Die Demokratische Republik Kongo als drittgrößtes afrikanisches Land ist von strategischer Bedeutung: Im Kongo liegen 50 Prozent des afrikanischen Waldes. Das Kongo-Flusssystem enthält potentiell über 10 Prozent der Wasserkraftreserven der Welt, womit das gesamte südliche Afrika mit Strom versorgt werden könnte. Kongo hat ein Drittel aller Kupfer- und ein Zehntel der Kobaltvorkommen, bei Coltan (Columbit-Tantalit) sind es 80 Prozent. Daneben gibt es reiche Diamant- und Goldvorkommen.

Die politische Entwicklung des Landes macht wesentliche Fortschritte: Alle Übergangsinstitutionen wurden etabliert, darunter eine Regierung der nationalen Einheit und ein Parlament, dessen Mitglieder allerdings nicht gewählt wurden. Durch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, darunter Deutschland, sowie vor allem durch die MONUC-Mission der Vereinten Nationen wurden nun wichtige Voraussetzungen für die Abhaltung der ersten demo-

kratischen Wahlen seit 40 Jahren geschaffen. Sie sollen Ende Juli stattfinden. 25,7 von 28 Millionen Wählern haben sich registrieren lassen. Eine neue Verfassung wurde in einem Referendum mit großer Mehrheit angenommen. Der Aufbau einer integrierten kongolesischen Armee, die Repatriierung von Rebellen und Kindersoldaten machen Fortschritte.

Ein erfolgreicher Verlauf der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist Voraussetzung für eine friedliche Erneuerung des Kongo. Erst mit den Wahlen wird der vereinbarte politische Übergangsprozess zu Ende gehen. Die kongolesische Bevölkerung setzt hohe Erwartungen in die Wahlen und verbindet mit ihnen die Hoffnung auf mehr Sicherheit, eine friedliche Entwicklung ihres Landes und wirtschaftliche Verbesserungen.

Die Vereinten Nationen haben die Europäische Union gebeten, MONUC mit einer zahlenmäßig begrenzten militärischen Streitmacht für einen definierten Zeitraum in der Demokratischen Republik Kongo zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag wird am 1. Juni 2006 über die Beteiligung der Bundeswehr an der EU-geführten Operation EUFOR RD CONGO zur Unterstützung von MONUC im Gebiet der Hauptstadt Kinshasa entscheiden.

Deutschland hat sich in den letzten Jahren sehr für den Friedensprozess im Kongo engagiert und sollte deshalb auch die Entsendung möglichst vieler Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen unterstützen. Die Präsenz internationaler Wahlbeobachter wird zum Vertrauen der kongolesischen Bevölkerung in den Wahlprozess beitragen.

Das Umfeld, in dem die Wahlen stattfinden, ist denkbar schwierig. 46 700 Wahllokale verteilen sich auf ein Gebiet von der Größe Westeuropas, das über keine Infrastruktur verfügt. Die riesigen logistischen Probleme können nur mit Unterstützung der VN-Mission MONUC bewältigt werden. Es wird nicht möglich sein, in alle Wahllokale Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen zu entsenden. Die internationale Gemeinschaft sollte anstreben, etwa 1 000 Personen über die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Afrikanische Union (AU), die Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika (SADC) und diverse Nichtregierungsorganisationen zu stellen. Es sollte gewährleistet sein, dass zumindest in jeden der 169 Wahlkreise Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen entsandt werden, um eine ausreichende Vertrauensgrundlage für die Legitimität der Wahlen zu schaffen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

dass die EU-Kommission die Organisation der EU-Wahlbeobachtung in der Demokratische Republik Kongo übernimmt. Er hat jedoch Sorge, dass die 140 Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen, die die EU-Kommission am 8. Mai 2006 angefordert hat, angesichts der Bedeutung der Mission und der Herausforderungen nicht ausreichen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- auf die EU-Kommission einzuwirken, mehr EU-Wahlbeobachter und -Wahlbeobachterinnen zu entsenden;
- zu prüfen, wie die von AU und SADC geplanten Wahlbeobachtungsmissionen durch die EU unterstützt und sowohl im Hinblick auf die Verteilung der Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen als auch auf die Auswertung und gemeinsame Schlusserklärung koordiniert werden können. Das Büro von UNOPS in Kinshasa, das in Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Wahlkommission den Einsatz der internationalen Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen (auch die national entsandten Kontingente) koordiniert, sollte unterstützt werden;

- die von MONUC vorgeschlagene Einrichtung eines „Komitees der Weisen“ zu unterstützen, das in Zusammenarbeit mit der Wahlkommission als moralische Instanz zur Schlichtung von politischen Streitfällen zwischen Kandidaten und Parteien fungieren soll;
- auf eine personelle Beteiligung Deutschlands bei EUSEC, EUPOL und im militärischen Stab von MONUC hinzuwirken. Grundsätzlich sollte Deutschland bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen, zu deren Haushalt Deutschland maßgeblich beiträgt, auch personell im zivilen und militärischen Teil hochrangig vertreten sein.

Berlin, den 31. Mai 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

